



Newsletter 02/2010

Editorial.....	S. 1
Bericht über die Fachtagung Rechtsextremismus.....	S. 2
Ausstellungseröffnung „Mülheim entdeckt seine NS-Geschichte“.....	S. 4
Theaterstück „Ein ganz gewöhnlicher Jude“.....	S. 5
Ausstellungseröffnung Gedenk-Räume – Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit und II. Weltkrieg im Spiegel der Gedenkkunst in Köln.....	S. 5
Workshoptagung: „Dagegen!...und dann?!“.....	S. 6
Zukunft des Lern- und Gedenkortes Jawne vorerst gesichert.....	S. 7
Neues von Rechtsaußen.....	S. 8
Anti-Rassismus-Bündnis Schäl Sick wird gegründet.....	S. 8
Studie „Zwangssterilisation in Köln 1934 – 1945“.....	S. 9
Impressum.....	S. 9

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



am vorletzten Februarwochenende ist die Regierungskoalition in den Niederlanden im Streit um den holländischen Afghanistan-Einsatz zerbrochen. Nun folgt neben der Kommunalwahl im März auch die Neuwahl für das Parlament im Mai oder Juni.

Experten befürchten, dass vor allem rechtsgerichteten Gruppierungen zu den Gewinnern gehören könnten: Das ist zum einen „Trots op Nederland TON“ („Stolz sein auf die Niederlande“) der ehemaligen Ministerin für Integration und Einwanderung Rita Verdonk. Zum anderen die „Partei der Freiheit“ (PVV) des Islamkritikers Geert Wilders. Der niederländische Politiker hatte vor zwei Jahren mit seinem Anti-Islam-Filmchen „Fitna“ für Furore gesorgt. Derzeit steht Wilders in Amsterdam vor Gericht und muss sich für seine islamfeindlichen Äußerungen und Volksverhetzung verantworten. Das Verfahren läuft noch. Was aber hat das alles mit Deutschland und Köln zu tun? Nicht viel?

Ich meine doch. Die Niederlande sind nur ein Beispiel für die Diskussionen um den Islam, die auch uns bevorstehen. Im Vorfeld der nordrheinwestfälischen Landtagswahlen greift die extreme Rechte das Thema auf, um mit Ressentiments und populistischen Zuspitzungen auf Stimmenfang zu gehen. Die NPD in NRW hat ihren Wahlkampf mit Plakaten

wie „Bildung statt Moscheen“ oder „Heimat statt Minarette“ ganz darauf ausgelegt. Pro NRW, die Wilders im Übrigen schon zum letzten Anti-Islamisierungskongress eingeladen hatten, macht mit islamfeindlichen Kampagnen auf sich aufmerksam. „Abendland in Christenhand“ so ihr Slogan, der sich an eine Parole der österreichischen FPÖ anlehnt. Außerdem wird nach Schweizer Vorbild ein Minarettverbot gefordert (s. dazu auch S. 8). Im März soll es eine Konferenz und einen Sternmarsch gegen eine Moschee in Duisburg geben, an dem sich auch der belgische Vlaams Belang beteiligt. Die europäischen Rechtsaußenparteien arbeiten gut zusammen. Dies sollten auch die europäischen Demokraten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus tun. Die ibs plant hierzu für den Herbst eine Veranstaltung.

Ich darf Sie noch auf die Ausstellungseröffnung „Mülheim entdeckt seine NS-Geschichte“ am 26. Februar 2010 hinweisen (S. 4) sowie auf das von der ibs mit präsentierte Theaterstück „Ein ganz gewöhnlicher Jude“ (S. 5), das bereits im letzten Jahr erfolgreich im EL-DE-Haus aufgeführt wurde.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Manuel Guesnet für seine Mitarbeit an dieser Ausgabe des Newsletters bedanken.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

„Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ Stadt Köln und Innenministerium NRW organisieren Fachtagung gegen Rechtsextremismus

Das Interesse war groß: Über 150 Interessierte kamen am 8. Februar 2010 zu der von der Stadt Köln (Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus) und dem nordrhein-westfälischen Innenministerium organisierten Fachtagung „Für Demokratie – gegen Extremismus“ um über Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu diskutieren. Einigen musste sogar abgesagt werden, da Räumlichkeiten nicht mehr zuließen...



Oberbürgermeister Jürgen Roters eröffnete die Veranstaltung im Ratssaal und verdeutlichte, dass Rechtsextremismus in Köln kein Randphänomen sei. Immerhin sitzt eine rechtsextreme Partei mit Fraktionsstatus im Rat der Stadt. Allerdings gebe es in Köln auch viele, die sich gegen Rassismus und für Demokratie engagieren.

Keinen Grund zur Entwarnung gab Innenminister Ingo Wolf: „Parteien wie die NPD oder pro NRW greifen Themen wie Globalisierung und Harz IV auf, um fremden- und demokratiefeindliche Einstellungen unter dem Deckmantel des „Sich Kümmerns“ vor Ort in die Gesellschaft zu transportieren und Ängste bei Bürgerinnen und Bürger zu schüren.“ Zwar seien die Wahlerfolge von Parteien wie der NPD immer noch überschaubar. Die Präsenz in den Räten und Kreistagen sei für solche Gruppierungen ein erster Schritt, ihre menschenverachtende Propaganda ins Land zu tragen. „Dies müssen wir Demokraten gemeinsam verhindern. Die Tagung ist daher ein Signal, dass alle – Staat, Kommune und Zivilgesellschaft – zusammenstehen, um dem Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten.“

Im Rahmen einer Talkrunde, moderiert von der Journalistin Ferdos Forudastan, verglich Burkhard Freier vom Innenministerium NRW rechtsextreme Organisationen in Köln mit anderen Gruppierungen in Nordrhein-Westfalen und erklärte, warum der Verfassungsschutz pro Köln beobachten darf. Dort bestünden Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen. Ralf Romotzky vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln zeigt auf, dass die extreme Rechte bei der Kommunalwahl besonders in strukturschwachen Stadtteilen kleinere Erfolge erzielen konnte. Er warnte jedoch vor Verallgemeinerungen. Schlüsse, wie die, dass vor allem bildungsferne Schichten ihr Kreuz bei der pro-Bewegung gemacht hätten, könne man aus den vorliegenden Daten nicht ableiten. Darauf insistierte auch Josef Wirges vom Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus. Man müsse gezielt in die Viertel gehen und die Menschen vor Ort ansprechen, so Wirges. Andreas Kossiski hob die Mitarbeit der vielen verschiedenen Organisationen, Institutionen und Initiativen im Bündnis „Köln stellt sich quer“ und betonte die Breite des Bündnisses neben dem kontinuierlichen Engagement als eine Erfolgsbedingung für Aktivitäten gegen Rassismus und für Demokratie.

Daran anschließend tauschten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in zehn Workshops über die Möglichkeiten der unterschiedlichen Akteure aus und diskutierten, wo das Engagement intensiviert und wo die Zusammenarbeit in Köln noch besser werden muss.

Im Workshop „Polizeiliche Strafverfolgung und Möglichkeiten der Prävention“ stand dabei die Abgrenzung polizeilicher Aufgaben von den durch Politik und Gesellschaft zu entwickelnden Maßnahmen im Mittelpunkt. Die Moderatorinnen des Workshops „Handlungsmöglichkeiten in der Schule“ blickten – wie andere auch – über den Tellerand hinaus. So dürfe man sich nicht nur auf Personen mit einem geschlossenen neonazistischen Weltbild konzentrieren, sondern müsse auch Homophobie und Diskriminierung in den Blick nehmen. Hier seien die Sensibilisierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Stärkung eines Diversity-Ansatzes wichtig. Im Workshop „Gemeinsam im Verein“ wurde das „Lotsenprojekt der Fußballverbände Mittelrhein“ – eine Organisationsstruktur

mit geschulten Lotsen vor Ort als erster Ansprechpartner im Ernstfall – sowie Schulungsprojekte zur aktiven Positionierung (z.B. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen) als Möglichkeiten für Sportvereine genannt. Wünschenswert seien alternative Vereinsangebote als Gegenmittel zu der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“.

Die Teilnehmenden des Workshops „Präventive Maßnahmen in der außerschulischen Jugendarbeit“ forderten einen frühzeitigen Einstieg in interkulturelle Lernprozesse. Sie betonten, dass es wichtig sei, für Jugendliche im sozialen Nahraum greifbare und attraktive Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Jugendarbeit müsse strukturell und kontinuierlich verankert werden und dürfe nicht zur Feuerwehrarbeit eingesetzt werden.

Im Workshop „Erinnern und Gedenken an den Nationalsozialismus vor Ort als Rechtsextremismusprävention“ wurden Erinnerungsarbeit mit Zeitzeugen oder Stadtführungen als Aktivitäten benannt, die sich bewährt haben. Notwendig sei aber auch die Entwicklung neuer Ideen zur Ausgestaltung des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar. Darüber hinaus müsse der Extremismusbegriff problematisiert werden, es gebe auch einen „Extremismus der Mitte“.

Für die „Antidiskriminierungsarbeit als Rechtsextremismusprävention“ wurden Einrichtungen und Netzwerke wie Schule ohne Rassismus, die Antidiskriminierungsstellen in Köln oder das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung als beispielhaft hervorgehoben. In der Öffentlichkeitsarbeit könne noch vieles verbessert werden. Unterstützung sei notwendig bei der Sicherstellung und Aufstockung der Mittel für erfolgreiche Projekte und Vernetzung der Antirassismuserbeit. Zudem müsste es eine stärkere Förderung der Erforschung von struktureller und institutioneller Diskriminierung geben.

Im Workshop „Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in Betrieben“ wurden Anstrengungen der Stadt Köln gefordert, damit diese als Vorbild für einen diskriminierungsfreien Betrieb herangezogen werden könne. Die Stadt solle zudem ein Netzwerk für Betriebe initiieren. Auf großes Interesse stieß auch der Workshop „Umgang mit Rechtsextremisten in Parlamenten“. Die Moderatoren betonten, dass neben dem Wissen um die inhaltliche Auseinandersetzung (Position gegen rechtsextreme Ideologien beziehen und deren Hin-



tergründe entlarven) das Wissen um die Geschäftsordnung wichtig sei. Möglich sei es z.B., dass auf Anträge der extremen Rechten immer nur eine Person für alle demokratischen Fraktionen antworte. So überlasse man Rechtsextremisten keine unnötige Plattform.

Die Teilnehmenden des Workshops „Prävention in sozial benachteiligten Stadtteilen“ hielten die Förderung einer Infrastruktur, die Begegnung ermöglicht, eine zielgruppengerechte Information über rechtsextreme Tendenzen, niederschwellige Stadtteilarbeit und Veränderungen in der Medienberichterstattung für notwendig. Der Workshop „Demokratieverziehung für Kinder“ betonte, dass die Perspektive von Kindern mehr in die praktische Arbeit einbezogen werden müsste – ein echtes „Kinder-Mainstreamings“ also. Zur politischen Aufklärung könnten beispielsweise die Sender verpflichtet werden, auch Nachrichtensendungen für Kinder auszustrahlen.

Sicherlich konnten nicht alle Erwartungen aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen erfüllt werden. So hatten sich manche mehr Zeit für die Diskussion gewünscht. Auf der anderen Seite hatten viele Anregungen und Impulse für ihre Arbeit erhalten und freuten sich, viele andere Engagierte getroffen zu haben.

Auch Oberbürgermeister Roters freute sich über den Erfolg der Tagung: „Demokratie ist kein Zustand, der sich von alleine einstellt. Sie muss immer wieder mit Leben gefüllt werden! Diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung können die verschiedenen demokratischen Akteure nur in Zusammenarbeit bewältigen. Auf das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich ist die Stadt Köln dringend angewiesen.“

Ausstellungseröffnung: Mülheim entdeckt seine NS-GESCHICHTE

Freitag, 26. Februar, 16 Uhr, Kulturbunker Mülheim (Berliner Straße 20)



Was geschah mit den Zwangsarbeitern bei Felten & Guillaume? Wer wusste davon, dass die „Finnsiedlung“ in Höhenhaus ein Projekt der Nazis war? Wieso wurden die Mülheimer Edelweißpiraten von Hitlerjungen zusammengeschlagen?

Antworten auf Fragen wie diese sind 2009 im Rahmen der Spurensuche ‚Mülheim entdeckt seine NS-Geschichte‘ aufwändig ermittelt worden. Mülheimer SeniorInnen, Vereine und SchülerInnen haben dazu in der eigenen Erinnerung, der Familie, in Archiven und in ihrem Wohnumfeld nachgefragt und geforscht.

Gefördert wurde diese Auseinandersetzung mit der örtlichen NS-Vergangenheit aus Mitteln des Lokalen Aktionsplans Köln, die das beim Bundesfamilienministerium angesiedelte Programm „Vielfalt tut gut“ vergeben hat. Während 2008 der Stadtbezirk Ehrenfeld im Fokus der lokalgeschichtlichen Aufmerksamkeit stand, drehte sich 2009 alles um Mülheim. In diesem Jahr wird sich ein ähnliches Projekt in Chorweiler anschließen. Die Ergebnisse der Mülheimer Recherchen sind nun in Form von Fotografien, Schriftstücken, Filmen, Internetpräsentationen und künstlerischen Arbeiten ab dem 26. Februar 2010 im Kulturbunker Mülheim zu sehen.

Alle ehrenamtlich an den Projekten Beteiligten laden interessierte Bürgerinnen und Bürger, Schulklassen und Jugendeinrichtungen daher herzlich zur Ausstellungseröffnung ein: „Mülheim entdeckt seine NS-Geschichte“ wird am Freitag, den 26. Februar 2010 um 16.00 Uhr im Kulturbunker Mülheim, Berliner Straße 20, eröffnet. Am Vernissagenachmittag wird ein spezielles Bühnenprogramm für einen Überblick über die verschiedenen Teile der Ausstellung sorgen. Die gesamte Ausstellung ist bis Anfang März zu den üblichen Öffnungszeiten im Kulturbunker zu sehen.

Ausstellung und Bühnenprogramm von und mit:

Bürgerhaus MütZe / Geschichtswerkstatt Mülheim / DITIB Köln, Jugendladen Mülheim / Willy-Brandt-Gesamtschule Höhenhaus / MANDUCO – afrokolumbianische Folklore / Don Bosco Club / Hauptschule Tiefentalstraße / Kran 51 e.V. / MIX / Hauptschule Rendsburger Platz / Lern- und Gedenkort Jawne in Kooperation mit der Gemeinschaftsgrundschule Mülheimer Freiheit

Theaterstück: Ein ganz gewöhnlicher Jude

Von Charles Lewinsky. Mit Andreas Schmid.

Donnerstag, 11. März, 18 Uhr, Severins-Burg-Theater (Eifelstr. 33)

„Ich bin nur Emanuel Goldfarb. Ein ganz gewöhnlicher Jude. Der mit seinem Projekt, ein ganz gewöhnlicher Deutscher zu werden, kläglich gescheitert ist, weil man nicht rauskommt aus seiner Rolle, nicht hier in Deutschland...“.



Das Aufeinandertreffen verschiedener Herkünfte und Kulturen in Deutschland und die zunehmende Bedeutung von Religionsfragen (in Kombination mit nationalen Identifikationsfragen) im öffentlichen Raum sind der Ausgangspunkt der Inszenierung. Das Stück bietet Anschauungsmaterial und Diskussionsstoff zum Thema Religion und Identifikation generell.

Der Autor, Charles Lewinsky, geb. 1945 in Zürich, arbeitet als erfolgreicher Drehbuchschreiber für Film und Fernsehen. Er ist Kulturjournalist, Regisseur und Romancier.

Andreas Schmid ist Theatermacher und als Schauspieler entwickelte er in der Ensemblearbeit Kinder- und Jugendtheaterstücke. Dafür erhielt er 2005 mit dem Agora Theater den Preis der belgischen Kulturministerin. Er konzipiert als Theaterpädagoge Workshops zu Themen wie Interkulturalität oder Gewaltprävention.

In Kooperation mit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus und dem Severins-Burg-Theater.

Veranstaltungsort: Severins-Burg-Theater, Eifelstr. 33, 50677 Köln.

Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 3 Euro

Ausstellungseröffnung: Gedenk-Räume – Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit und II. Weltkrieg im Spiegel der Gedenkkunst in Köln

EL-DE-Haus, Freitag, 5. März, 19 Uhr

Die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln zeigt die Ausstellung „Gedenk-Räume – Die NS-Zeit in der Gedenkkunst in Köln“ im NS-Dokumentationszentrum „EL-DE-Haus“ der Stadt Köln. Mit dem Denkmal/Erinnerungszeichen wird der Geschichte im öffentlichen Raum ein Ort zugewiesen. Zugleich wird dem Gedenken an das vergangene Geschehen ein Platz eingeräumt. Fortan besetzt dieses Erinnerungszeichen diesen Raum mit der ihm zugewiesenen Funktion. Die Gedenkobjekte werden in diesem Raum in Szene gesetzt. Der das Denkmal umgebene Gedenk-Raum dient als Kulisse dieser Inszenierungen. Gedenken und Geschichte erhalten auf diese Art und Weise im öffentlichen Raum einen Platz. Die Ausstellung zeigt Beispiele dieser inszenierten Gedenk-Räume. Zugleich spiegelt die Ausstellung anhand dieser Denkmälerbeispiele die Entwicklung, die das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen und an den II. Weltkrieg in der Stadt Köln genommen hat. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Gedenklandschaft für die Opfer der NS-Verfolgung und für die Opfer des Widerstands ge-



gen die NS-Diktatur trotz vieler Rückschläge und Hemmnisse dennoch, gerade wegen der Hartnäckigkeit der Akteure, durchaus befriedigend entwickelt. Zeitgleich zur Ausstellung erscheint ein „Mahnmalführer Köln“, der alle Kölner Gedenkobjekte beschreibt und weitere Informationen bündelt. Eine Ausstellung

der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln.

Begrüßung: Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums

Grußworte: Elfi Scho-Antwerpes, Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln

Einführung in die Ausstellung: Dr. Elke Purpus, Direktorin der Kunst- und Museumsbibliothek

Workshoptagung: „Dagegen!...und dann?!“

Bündnisse gegen Rechtsextremismus in NRW, Bochum, 13. März 2010, 10 bis 17 Uhr



Engagierte Menschen finden sich in vielen Orten in NRW zusammen, um gegen Rechtsextremismus und für Demokratie aktiv zu werden. Sie kommen dabei aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen und haben mit verschiedensten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu tun. Sind es an manchen Orten eher spektakuläre Vorfälle, wie rechtsextreme Aufmärsche oder Gewalttaten, die aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften bzw. der „Autonomen Nationalisten“ durchgeführt und verübt werden, versuchen in anderen Regionen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien über Wahlen und Parlamente an Einfluss zu gewinnen. Dementsprechend variieren die Ausgangspunkte, Aktionsformen und Zielsetzungen von Bündnissen und Initiativen. Auch personelle Größe, ihre politische und gesellschaftliche Verankerung oder die Dauer ihres Bestehens sind von Ort zu Ort verschieden. Andererseits gibt es aber eine Reihe gemeinsamer positiver wie negativer Erfahrungen in der konkreten Auseinandersetzung vor Ort. Fragen und Probleme, die sich immer wieder stellen, sind etwa:

- Wie lässt sich ein breites lokales oder regionales Bündnis überhaupt initiieren?
- Welche Ideen gibt es, auch über „Durststrecken“ und Konflikte hinaus erfolgreich zu arbeiten?
- Wie lässt sich das Engagement auf mehrere Schultern verteilen, so dass inhaltliche und organisatorische Aufgaben nicht an einigen wenigen Personen hängen bleiben?

- Wie kann auf Widerstände und Vorbehalte reagiert werden, die die Thematisierung von Rechtsextremismus und Rassismus im Ort nicht selten hervorrufen?

- Wie kann eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit von Bündnissen/Netzwerken gegen Rechtsextremismus aussehen?

In der Arbeit der verschiedenen regionalen Träger des Beratungsnetzwerks NRW wurde der Wunsch deutlich, diese und ähnliche Fragen gemeinsam zu diskutieren. Die Workshoptagung soll daher ein Forum bieten, um sich kennenzulernen, Erfahrungen und Ideen auszutauschen und auch über Schwierigkeiten zu reden.

Programm

Anreise und Anmeldung, Imbiss

10.00 Uhr: Begrüßung und Einführung

Kurzvortrag: Warum vernetzen? Einige Ideen zum „Blick über den Tellerrand“ (Heiko Klare, Münster)

Vorstellung der Workshops und Inhalte durch die Veranstalter

10.30 Uhr Workshop-Phase I

12.30 Uhr: Mittagspause, Markt der Möglichkeiten

13.30 Uhr: Workshop-Phase II

15.30 Uhr: Kaffeepause, Markt der Möglichkeiten

16.00 Uhr: Kurzvorstellung der Workshop-Ergebnisse

16.30 Uhr: Ausblick und weitere Planungen

Während des ganzen Tages besteht die Möglichkeit, eigene Ideen, Projekte und Initiativen im „Markt der Möglichkeiten“ vorzustellen.

Workshops

Im Vordergrund sollen hier vor allem die Diskussion und der Austausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stehen.

WS I: Bündnisse gegen Rechtsextremismus schaffen – aber wie?

Welche Erfahrungen gibt es mit Gründungsprozessen? Wie lassen sich möglichst viele Akteure integrieren? Wie steht das Bündnis zu Verwaltung und

Behörden? Wie lassen sich gemeinsame Zielsetzungen formulieren und umsetzen?

WS II: Nicht nur ein Strohfeuer – kontinuierliche Arbeit in Bündnissen und Netzwerken

Wie kann eine kontinuierliche Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure gelingen? Wie kann die Arbeit eines Bündnisses strukturiert werden? Wie können Verantwortlichkeiten gleichmäßig verteilt werden?

WS III: Bündnisse und Netzwerke in der Öffentlichkeit

Welche Möglichkeiten gibt es, die lokale Öffentlichkeit einschließlich der Medien für die Anliegen des Bündnisses zu sensibilisieren? Wie können Bündnisse und Netzwerke mit Widerständen und öffentlich wahrnehmbaren Vorbehalten umgehen?

WS IV: „Kreativ gegen Rechtsextremismus“

Welche Herangehensweisen/Aktionsformen haben sich in der Auseinandersetzung bewährt? Wie kann der Umgang mit konkreten Herausforderungen (Demonstration, Wahlkampf, Szene) aussehen?

Können symbolische Aktionen die inhaltliche Auseinandersetzung unterstützen? Wenn ja, wie?

Die Tagung wird ausgerichtet von den Trägern mobiler Beratung/der regionalen Beratungsnetzwerke in NRW:

- Gewaltakademie Villigst
- Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
- ibs
- mobim Münster AKE Bildungswerk Vlotho

Ort der Tagung: Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Anmeldung: kontakt@mobim.info
www.mobim.info

Zukunft des Lern- und Gedenkorts Jawne vorerst gesichert

Wir dokumentieren eine Meldung des Arbeitskreises Lern- und Gedenkort Jawne:



„Nach Monaten der Sorge um die Zukunft des Lern- und Gedenkorts Jawne ist vor wenigen Tagen, kurz vor den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945, eine Einigung erreicht worden, die das Weiterbestehen der Gedenkstätte am Erich-Klibansky-Platz für mindestens ein Jahr sichert. Nach dem nun vorliegenden

Mietvertrag mit der Allianz, dem Eigentümer der Kreishaus-Galerie, kann der Galerieraum 2010 noch einmal kostenfrei genutzt werden. Erst ab Januar 2011 sind monatlich 312,50 Euro für Miete und Nebenkosten zu entrichten. Der Arbeitskreis freut sich, dass die Allianz ihr Engagement für den Lern- und Gedenkort Jawne auf diese Weise bekräftigt und auf eine neue Basis stellt.

Um den ab 2011 entstehenden Fehlbetrag zu decken, wird der Arbeitskreis in den nächsten Monaten ein Finanzierungskonzept suchen, durch das

eine dauerhafte Perspektive für den Lern- und Gedenkort geschaffen werden soll. Sowohl öffentliche Mittel als auch privates Sponsoring sind gefragt! Sehr herzlich möchten wir allen Unterstützerinnen und Unterstützern in Köln und vielen anderen Orten und Ländern danken, die sich in den letzten Monaten mit Briefen, Unterschriftenlisten oder Veranstaltungen für den Erhalt des Lern- und Gedenkorts eingesetzt haben.

Ein besonderer Dank geht an den Vorstand des Vereins EL-DE-Haus e.V., unter dessen Dach der Arbeitskreis angesiedelt ist. Ohne dessen Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick wäre die nun erreichte Lösung nicht möglich gewesen.

Insbesondere das Engagement der früheren Jawne-Schüler und -Schülerinnen, die Briefe aus Großbritannien, Israel, Deutschland und den USA geschrieben haben, hat uns gezeigt, wie wichtig dieser Ort ist – als Lernort für die SchülerInnen von heute und als Erinnerungsort für die ehemaligen SchülerInnen der Jawne und ihre Familien in aller Welt.“

Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Jawne
c/o Dr. Ursula Reuter und Dr. Cordula Lissner
Lern- und Gedenkort Jawne, Erich-Klibansky-Platz,
Albertusstr. 26, 50667 Köln, info@jawne.de

Neues von Rechtsaußen

Pro NRW bereitet sich auf Landtagswahl vor.

Am 19. Februar 2010 hielt die rechtsgerichtete Partei pro NRW ihren „Programmparteitag“ in Leverkusen mit 200 Delegierten und Gästen, darunter Vertreter der Österreichischen FPÖ und der belgischen Vlaams Belang ab. Thematisch setzt pro NRW vor allem auf „Islamkritik“ und die Agitation gegen die sogenannten „Altparteien“. Als Ziel für die Landtagswahl wurde ausgegeben, die 5%-Hürde zu überwinden.

Pro NRW wird in diesem Wahlkampf von dem deutsch-schwedischen Geschäftsmann Brinkmann unterstützt der laut eigenen Aussagen aus dem Vorstand ermöglichen soll, bald „den Erwerb einer Immobilie als Heimstätte für die Opfer der Islamisierung verkünden (zu) können“. Ob sich dies als weitere Luftnummer entpuppt, bleibt abzuwarten. Neben der Minarettverbotkampagne nach dem Vorbild der Schweiz setzt man auf die Wahlkampagne „Abendland in Christenhand“, angelehnt an die gleichlautende Wahlkampfparole der FPÖ. Angekündigt wurden Postwurfsendungen sowie eine „kommerzielle Werbekampagne an Litfasssäulen und privatwirtschaftlichen Plakatwänden“. Im Wahlprogramm werden zwar die altbekannten Themen aufgegriffen, allerdings werden keine konkreteren Forderungen genannt. Überraschend al-

lein: pro NRW nahm nun, wie die NPD, die Forderung nach einem Mindestlohn auf: „sofortige Einführung eines Mindestlohns und Schutz vor Billig-Konkurrenz aus dem Ausland“. Damit stehen auch soziale Themen auf der Agenda.

Die pro NRW Jugend hat ein neues Flugblatt entworfen, das bereits an Schulen in NRW verteilt wird.



Protest gegen pro NRW im Vorfeld der Kommunalwahl;
Foto: Reiner Engels

Breite Vernetzung angestrebt

Anti-Rassismus-Bündnis Schäl Sick wird gegründet

Am Montag den 22. Februar gab es ein erstes Treffen zur Gründung eines neuen Bündnisses gegen Rechtsextremismus. Wir dokumentieren die Einladung

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, bei der Landtagswahl im Mai will pro NRW an die erschreckenden Kommunalwahlergebnisse von pro Köln anknüpfen. Gerade im Rechtsrheinischen konnten die Rassisten Wahlerfolge feiern. Hinter dem betont bürgerlichen Auftreten der selbsternannten „Bürgerbewegung“ steckt eine gefährliche Taktik. Sie wollen Hass und Ablehnung gegen Muslime, Andersdenkende und Wehrlose in der Gesellschaft verbreiten. Sie wollen ihren Rassismus salonfähig machen und die Bevölkerung spalten. Wiederholt konnten wir Kölnerinnen und Kölner gegen die rassistische „Anti-Islamisierungskonferenz“ von pro Köln Erfolge verbuchen. Die Kommunalwahlergebnisse zeigen aber, dass wir

nicht locker lassen dürfen. Wir müssen dauerhafte und nachhaltige Strukturen vor Ort schaffen, in

denen sich die Menschen vielfältig einbringen können. Die Angst vieler Menschen vor den Folgen der Krise ist ein besonders guter Nährboden für Rassisten. Damit sie diesen Nährboden nicht nutzen können, damit sie sich trotz der Wahlerfolge nicht dauerhaft etablieren und auch um einen Erfolg von pro NRW bei den Landtagswahlen zu verhindern, möchten wir Euch einladen gemeinsam ein stabiles, dauerhaftes und offenes Bündnis gegen pro Köln und pro NRW - gegen Rassismus und Faschismus auf der Schäl-Sick aufzubauen. Wir streben eine breitest mögliche Vernetzung von aktiven und interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Kirchen, Institutionen, Initiativen und Organisationen/ Parteien an.“

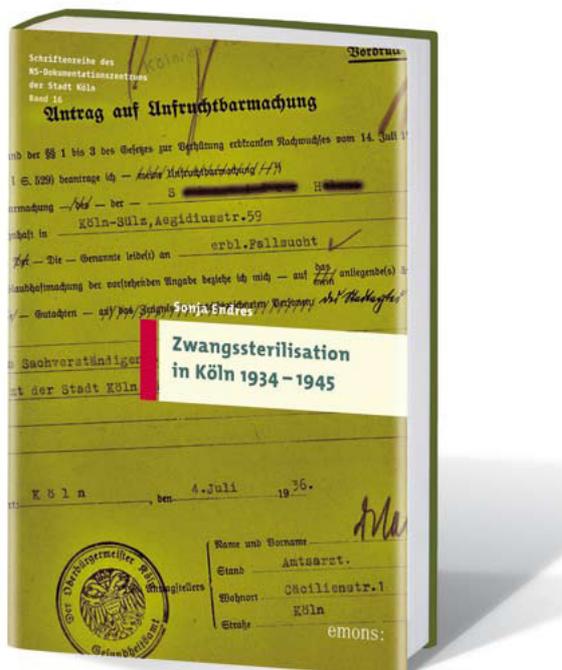
Kontakt:

Özlem A. Demirel, oezlemalevd@yahoo.

„Zwangsterilisation in Köln 1934 – 1945“

Studie konnte einen zentralen Aktenbestand des Stadtarchivs noch vor Einsturz auswerten

Etwa vierhunderttausend Menschen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus zwangssterilisiert, weil sie in den Augen der nationalsozialistischen Rassenhygieniker „minderwertig“ waren und daher der Schaffung eines „gesunden und leistungsfähigen Volkskörpers“ im Weg standen. Rund 4070 von ihnen waren Kölner. Ihr Schicksal steht im Fokus der neuen Studie, die Sonja Endres im Rahmen ihrer Dissertation an der Universität zu Köln anfertigte. Sie ist nun als Band 16 der Schriftenreihe des NS-Dokumentationszentrums im Emons-Verlag erschienen.



Endres zeigt auf, dass vor allem Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen – Fürsorgeempfänger, ungelernete Arbeiter oder Hilfsschüler – Opfer der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik wurden. Die Formel lautete: Ungebildet, „asozial“ – zwangssterilisiert. Einmal in die Fänge des „erbbiologischen“ Erfassungssystems geraten, gab es kaum ein Entrinnen: Rund 80 Prozent aller Anträge auf Unfruchtbarmachung wurde vom Erbgesundheitsgericht Köln stattgegeben.

Die Studie analysiert umfassend die Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 in Köln, das Zwangssterilisierungen legalisierte und am 1. Januar 1934 in Kraft trat. Sie zeigt die weit vor 1933 beginnende Vorgeschichte des Gesetzes auf, betrachtet die Entwicklung des Gesundheitswesens und untersucht die den Sterilisationsverfahren zugrunde liegenden Entscheidungskriterien.

Endres stützte sich bei ihrer Untersuchung insbesondere auf die Erbgesundheitsgerichtsakten, die im Stadtgesundheitsamt Köln aufbewahrt und in den 1980er Jahren dem Historischen Archiv der Stadt Köln übergeben wurden.

„Dass dieses Buch erschienen kann, ist einem (kleinen) Glück im (großen) Unglück zu verdanken“, so Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums. Denn Sonja Endres hatte ihre Recherchen im Stadtarchiv bereits seit einem Jahr abgeschlossen, als das Gebäude am 3. März 2009 einstürzte. Heute wäre ihre Studie nicht mehr durchführbar, denn der zentrale Quellenbestand ihrer Arbeit zählt zu den Verlusten. Eine Sicherheitsverfilmung gibt es nicht.

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs